Beschluss Beschluss: Windenergie weiter ausbauen und Arbeitsplätze sichern

Gremium:	Landesparteitag
Beschlussdatum:	30.11.2019
Tagesordnungspunkt:	7. Anträge

Antragstext

Die Klimakatastrophe vollzieht sich dramatisch schnell. Aktuell sprechen Wissenschaftler*innen von unsäglichem menschlichen Leid, das auf uns zukommen wird, wenn wir die Erderwärmung nicht auf mindestens 1,5 °C begrenzen. Gerade die erneuerbaren Energien sind in der Lage, die CO2-Emissionen drastisch zu reduzieren, wenn wir die Energiewende endlich richtig und beherzt anpacken.

Überall – egal ob in Sachsen-Anhalt oder bundesweit – werden wir nicht annähernd den vor uns stehenden Herausforderungen im Klimaschutz gerecht. Momentan beobachten wir ein Versagen der schwarz-roten Politik auf Bundesebene, wenn es darum geht, die Energiewende voranzubringen. Statt eines Planes zur Entwicklung der Zukunft vorzulegen, werden immer neue Hemmnisse aufgebaut. Die Koalition von CDU und SPD in Berlin hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Es ist eher drei als fünf vor zwölf. Wenn wir jetzt nicht wirksam unsere Energiepolitik umsteuern, dann werden sich unsere Lebensverhältnisse und die anderer Staaten, so wie wir diese jetzt kennen, nicht aufrechterhalten lassen. Deutschland muss als gutes Beispiel vorangehen.

Es ist eine Frage der Daseinsvorsorge. Es muss jetzt gehandelt werden. Sofort! Eine behutsame Kehrtwende ist zu wenig, wir brauchen jetzt den massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien. Das sichert Arbeitsplätze und bewahrt unsere Umwelt.

Derzeit stehen tausende Arbeitsplätze in Magdeburg und auch in anderen Bundesländern auf der Kippe. Einer der großen Arbeitgeber der Windenergiebranche hat angekündigt 3000 Stellen abzubauen. Wir BÜNDNISGRÜNE sind wütend über diese Entwicklung und erwarten massive Anstrengungen der Politik und der gesellschaftlichen Akteure, um diese Arbeitsplätze zu sichern.

Die Energiewende bedeutet auch langfristig die Sicherung von Arbeitsplätzen in Deutschland, und nicht nur bei ENERCON.

Auch die vielen kleinen Zulieferbetriebe gehören in den Fokus der Politik.

Derzeit importiert Deutschland zirka 70% der Primärenergie aus dem Ausland. Und das meistens in Form von Öl und Gas und somit mit einem starken Ausstoß von CO2. Eine erfolgreiche Energiewende bedeutet die Umstellung auf Elektroenergie als universellen Energieträger. Diese Energieform dient uns auch in Zukunft als Grundlage für Rohstoffe einer dekarbonisierten Wirtschaft. Ziel einer zukunftsweisenden Energiepolitik muss es sein, dass klimaschädliche Gase vermieden werden.

Unsere Vorschläge auf Landesebene:

- Regionale Planungsgemeinschaften sollen weiterhin wie bisher in bewährter Weise die Abstandsregelungen für ihre Planungsregionen selber treffen. Denn sie kennen die Bedingungen vor Ort am besten. Falls dennoch Abstandsregelungen zur Wohnbebauung von Bundesebene getroffen werden sollten, soll Sachsen-Anhalt von der vorgesehenen Ausnahmeregelung

Gebrauch machen, sodass geringere Abstände ermöglicht werden und somit mindestens die dann neue Regelung von 1000 m Abstand zur Wohnbebauung ab fünf Häusern nicht zwingend greifen muss.

- 2% Flächenziel im Landesentwicklungsgesetz verankern und eine Bundesratsinitiative für ein 2% Flächenziel für die Bundesrepublik Deutschland
- Evaluierung des Genehmigungsprocederes unter besonderer Berücksichtigung der Fragestellung, ob die Genehmigungsbehörden die Freiräume der Einzelfallentscheidung auf der Grundlage des Leitfadens Windenergie nutzen zugunsten des Ausbaus der Windenergie.
- Die Regionalen Planungsgemeinschaften sollen unterstützt werden, damit sie mehr Flächen als die derzeit ausgewiesenen 1,1 % ausweisen.
- Parallel zum Ausbau der Windenergie müssen zur Sektorkopplung Speicher, insbesondere für Wasserstoff gefördert werden.
- Den Kommunen im Land sollen Handlungsmöglichkeiten bei der wirtschaftlichen Betätigung mit erneuerbaren Energien ermöglicht werden.
- Schutz der Artenvielfalt durch Einsatz neuer Technologien [Radarsysteme]

Unsere Vorschläge auf Bundesebene:

- keine Vorgabe von Abstandsregelungen
- Abschaffung des Ausbaudeckels
- Vorgabe eines bundesweiten Flächenziels von 2%
- Regelung zur Flugsicherung anpassen, damit die Abstandsregelung zu Drehfunkfeuern reduziert wird
- Der Zerlegungsmaßstab für die Gewerbesteuer sollte so geändert werden, dass der Ertrag aus der Gewerbesteuer aus dem Betrieb der Windkraftanlagen zu einem signifikanten und transparenten Anteil der betroffenen Standortgemeinde dienen.
- Bürgerwindanlagen müssen leichter ermöglicht werden. Die EU-Erneuerbare-Energien-Richtlinie ist im nationalen Recht umzusetzen.
- Genehmigungsverfahren müssen gestrafft und durch Digitalisierung verbessert werden.